

**41**  
**75**

# Union in Deutschland

Bonn, den 9. Oktober 1975

## Vertrauen der Bürger gewinnen

**Es geht in den nächsten Wochen und Monaten darum, mit Geschlossenheit und Überzeugungskraft an die politische Arbeit zu gehen, alle Kräfte unserer Partei zu mobilisieren und die Union gründlich vorzubereiten auf die wichtige Landtagswahl in Baden-Württemberg und die Bundestagswahl.**

Dies erklärte Helmut Kohl auf dem Landesparteitag der baden-württembergischen CDU. Wir haben gute Chancen, unsere Mitbürger von unserer besseren Politik und von unserer glaubwürdigeren Führung zu überzeugen. Das Scheitern der SPD/FDP-Politik wird immer offenkundiger. Wir werden nicht nachlassen, das Versagen der Regierung Schmidt und der sie tragenden Koalition anzuprangern. Die Union hat ihre programmatischen Grundsätze und sachpolitischen Alternativen im Hinblick auf 1976 klar formuliert.

Die Wiedergewinnung wirtschaftlicher Stabilität ist das hervorragende Ziel unserer Politik. Die SPD ist ausgezogen, um Deutschland zu verändern. Sie hatte jedoch nur die alten sozialistischen Untugenden wie Neid, Mißgunst, Funktionärstum und Abhängigkeit von Interessengruppen anzubieten. Dagegen wird die Union die Tugenden aktivieren, die im deutschen Volk noch nicht verloren sind: Tatkraft, Vertrauen, Phantasie, Maß und Ordnung.

### ■ KONJUNKTUR

Hier sind die Alternativen: Die CDU hat bereits am 5. September ein Gesamtkonzept zur Wiederbelebung der Wirtschaft und zur Sanierung der Staatsfinanzen vorgelegt.

Seite 4

### ■ OSTPOLITIK

Helmut Kohl verschaffte der Union Respekt in Moskau. Die wesentlichen Eindrücke und Ergebnisse dieser Reise faßt der Parteivorsitzende zusammen.

Seiten 5—6

### ■ FINANZEN

Die Ursachen mancher Fehlplanungen auf dem Finanzsektor liegen in der Nichtbeachtung der Folgekosten. Hierüber veröffentlichte der rheinland-pfälzische Finanzminister Gaddum eine Untersuchung.

Seiten 7—8

### ■ SPD

Damit sie kein Bürgerschreck vor den Bundestagswahlen werden, tarnt die SPD ihre Absichten. Aus Investitionslenkung wird „vorausschauende Industriepolitik“. Wohin das führt, steht in der Dokumentation

## ■ INFORMATIONEN

### Berlin muß attraktiver werden

Berlin müsse attraktiver werden, sonst bestehe langfristig die Gefahr, daß die Stadt „austrockne“ und eines Tages „kassiert“ werde, erklärte der Berliner CDU-Landesvorsitzende und Präsident des Abgeordnetenhauses Peter Lorenz. Zwar sei die Situation durch die Ostverträge und das Viermächteabkommen auf den Zufahrtswegen besser geworden, aber die Sowjets achteten selbst bei den geringsten Kleinigkeiten peinlichst darauf, daß nichts geschehe, was als eine Integration West-Berlins in die Bundesrepublik ausgelegt werden könne. Die Praxis zeige, daß die Sowjets nach wie vor das Fernziel hätten, West-Berlin irgendwann in den Machtbereich der DDR einzuverleiben. Daher sollten die Bindungen des Westens an Berlin verstärkt und Berlin zum Sitz möglichst vieler internationaler Behörden und Einrichtungen gemacht werden.

### Konsequenzen ziehen

Mit den Konsequenzen aus dem bisherigen Verlauf des Baader-Meinhof-Prozesses und ähnlich gelagerter Großverfahren haben sich der Vorstand und Koordinierungsausschuß des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) bei ihrer Sitzung am 2. Oktober 1975 in Karlsruhe befaßt. Sie forderten die Bundesregierung u. a. auf, sich endlich die seit langem vorliegenden Entwürfe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und des Bundesrates für ein besseres Prozeßrecht zu eigen zu machen. Dazu gehört insbesondere die Möglichkeit, den Verteidiger, der das Verfahren mit rechtswidrigen Mitteln zu

vereiteln sucht, von der Mitwirkung in dem Verfahren auszuschließen. Der BACDJ erklärte, die wachsende Unsicherheit in der Bevölkerung über die Funktionsfähigkeit unserer Justiz beruhe — nicht zuletzt auf der ungenügenden Reaktion des Gesetzgebers auf bisher unübliches prozessuales Verhalten von Angeklagten und Verteidigern. CDU und CSU seien entschlossen, die Richter in dieser Situation nicht allein zu lassen.

### Pessimisten

An ein besseres Jahr 1976 glauben nur 17 Prozent der Bundesbürger. Nach einer vom Wiesbadener Ifak-Institut durchgeführten Repräsentativumfrage sind mehr als ein Drittel (38 Prozent) der Befragten dagegen der Ansicht, im nächsten Jahr werde sich die wirtschaftliche Situation nochmals verschlechtern. Ein weiteres Drittel (36 Prozent) erwartet gegenüber 1975 keine wesentliche Änderung. Besonders pessimistisch sind Selbständige und Angehörige freier Berufe: 52 Prozent halten die Aussichten für 1976 für „etwas schlechter“ oder sogar „viel schlechter“, nur elf Prozent für „besser als in diesem Jahr“.

### von Stauffenberg aus der UNO-Delegation ausgetreten

Aus Protest gegen einen „Maulkorb-erlaß“ von Außenminister Genscher, ist der CSU-Bundestagsabgeordnete Graf von Stauffenberg aus der UNO-Delegation der Bundesrepublik ausgetreten. Vor seiner Abreise aus New York sagte er, entgegen früheren Absprachen zwischen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und dem Auswärtigen Amt habe Genscher nun entschieden, daß Bundestagsabgeordnete nicht mehr in

UNO-Ausschüssen oder im Plenum sprechen dürften. Er habe erst in New York erfahren, daß die Abgeordneten „nur noch als Garnierung herumsitzen“ sollten.

## Bonn isoliert sich in der EG

Das von Bundeskanzler Helmut Schmidt kritisierte Finanzgebaren der Europäischen Kommission haben die CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Isidor Früh und Dr. Egon Klepsch verteidigt. Die Bundesregierung habe „auf ihrer krampfhaften Suche nach dem Schuldigen der Finanzmisere“ übersehen, daß die Brüsseler Behörde keineswegs mutwillig eine Ausgabenflut konstruiert, sondern lediglich die finanziellen Auswirkungen der für sie verbindlichen Beschlüsse des Ministerrats addiert habe, die mit Bonner Einwilligung zustande gekommen seien.

## Immer mehr Wehrpflichtige verlieren ihren Arbeitsplatz

Ein von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingebrachter Gesetzentwurf zur Änderung des Arbeitsplatzschutzgesetzes soll den Kündigungsschutz für Wehrpflichtige erweitern. Es gibt bereits Fälle, wo der anerkannte Wehrdienstverweigerer oder ein nicht zum Grundwehrdienst Herangezogener den Arbeitsplatz eines Wehrpflichtigen einnimmt. Vielfach kann der Wehrpflichtige diesen Arbeitsplatz nach 15 Monaten nicht wieder übernehmen; er erhält nach vier oder sechs Wochen die Kündigung, die mit „Arbeitsmangel“ begründet wird. Künftig soll der Arbeitgeber zum Nachweis darüber verpflichtet sein, daß er eine Kündigung nicht aus Anlaß des Wehrdienstes ausgesprochen hat.

## STICHWORTE

### Auf Initiative

*Helmut Kohls werden sich die Ministerpräsidenten der Bundesländer mit der finanziellen Unterstützung der Teilnehmer an den nächsten Olympischen Spielen befassen.*

### Mitglied Nr. 69999 in

*Baden-Württemberg wurde Olympiaschwimmerin Ursel Brunner. Ihre Begründung für den CDU-Beitritt: „Weil die CDU mir am ehesten garantiert, daß wir nicht kommunistisch werden!“*

### Sieben Milliarden Mark

*hat Ost-Berlin von seinem Investitionsprogramm für die Stützung der Konsumwarenpreise abzweigen müssen, um wenigstens vor dem SED-Parteitag im Mai 1976 die Lebensmittel- und Konsumwarenpreise noch einigermaßen stabil halten zu können.*

### Zwölf Großstädte mehr

*als 1968 hat die Bundesrepublik: 69 mit über 100 000 Einwohnern. In ihnen leben 36 v. H. aller Bundesbürger, in den Mittelstädten 24 v. H.*

### Abermals Unsinn

*am grünen Tisch habe Bundesverkehrsminister Gscheidle mit dem geplanten Gesundheitsfragebogen für Führerscheinbewerber produziert, erklärte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Der erste Unsinn: Das Taxifahrer-Redeverbot.*

### Sofortige Maßnahmen

*zur Vorbereitung der für Mai 1978 geplanten Direktwahl des Europäischen Parlaments forderte die Europäische Union Junger Christlicher Demokraten. (EUJCD), die in Bonn tagte.*

## ■ KONJUNKTUR

### Drei Vorschläge zur Stärkung der Investitionskraft

**Die SPD fordert von der Opposition immer wieder politische Alternativen. Die CDU hat sie. Bereits am 5. September 1975 hat die Union ein Gesamtkonzept zur Wiederbelebung unserer Wirtschaft, zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und zur Sanierung der Staatsfinanzen vorgelegt. Bestandteil dieses Gesamtkonzepts ist eine mittel- und langfristige Wachstumsstrategie. Zu ihr gehören steuerliche Maßnahmen für Betriebe, die dazu beitragen, stetiges Wachstum und Vollbeschäftigung wiederzugewinnen.**

**N**ach wie vor zeigt die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland keine Anzeichen für einen Aufschwung. Die privaten Investitionen stagnieren; aber nur über mehr private Investitionen können die in der Zukunft notwendigen Arbeitsplätze und Einkommen gesichert werden. Seit 1970 gibt es schon eine Investitionspause der deutschen Wirtschaft. Diese Pause kann SPD-Kanzler Schmidt nicht mit Auslandseinflüssen entschuldigen.

Bei den mangelnden Investitionen liegt die wesentliche Ursache für die hausgemachte, von der SPD/FDP selbst verschuldeten Konjunktur- und Ordnungskrise. Insgesamt hat sich von 1971 bis 1974 ein Investitionsdefizit von rund 100 Mrd. DM ergeben. Anders herum: aufgrund dieses Defizits hat die Bundesrepublik Deutschland real, d. h. ohne

Preissteigerungen, 375 Mrd. DM an Sozialprodukt „verschenkt“, d. h. rund 17 000 DM pro Arbeitnehmer.

Gesicherte Arbeitsplätze und Einkommen werden in den nächsten Jahren nur vorhanden sein, wenn das reale Bruttosozialprodukt rund fünf Prozent im Jahr wächst. Dazu ist es notwendig, daß die realen Investitionen der gewerblichen Wirtschaft, d. h. ohne Preissteigerungen um rund acht bis neun Prozent zunehmen. Dies hat auch die Bundesregierung in der Bundestagsdebatte über das sogenannte „Gesetz zur Verbesserung der Haushaltsstruktur“ herausgestellt. Aber die SPD/FDP-Koalition tut nichts.

Im Rahmen der mittelfristigen Wachstumsstrategie hat der für die CDU wirtschaftspolitische Sprecher des Präsidiums, Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg, am 30. September 1975 folgende alternative Maßnahmen zur Stärkung der Investitionskraft und -neigung der deutschen Wirtschaft vorgeschlagen:

- Einführung eines begrenzten Verleustrücktrages, d. h. in Höhe von bis zu fünf Millionen DM für die vergangenen zwei Jahre;
- Abschreibungserleichterungen durch eine Verkürzung der Nutzungsdauer bei Investitionen oder
- eine steuerfreie und frei verfügbare Investitionsrücklage.

Diese wachstumspolitisch notwendigen Maßnahmen müssen flankiert werden durch stabilitätsgerechte Abschlüsse der Tarifpartner. Dabei kommen vermögensbildenden Maßnahmen der Tarifpartner eine besondere Bedeutung zu. Auch die Tarifparteien tragen eine Mitverantwortung für die Sicherung von Arbeitsplätzen.

## OSTPOLITIK

# Helmut Kohl verschafft der Union Respekt in Moskau

Mit der Überzeugung, die selbst gesteckten Ziele der Informationsreise erreicht zu haben, kehrten der Vorsitzende der CDU, Helmut Kohl, der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion, Richard von Weizsäcker, und der Vorsitzende des außenpolitischen Arbeitskreises, Werner Marx, von ihrem neuntägigen Aufenthalt in der Sowjetunion zurück. Die wesentlichsten Eindrücke und Ergebnisse dieser Reise, in deren Mittelpunkt ein mehr als zweistündiges Gespräch mit Ministerpräsident Kossygin stand, faßte der Parteivorsitzende bei seiner Rückkehr zusammen:

Als Ergebnis dieser Reise darf ich feststellen, daß sich auch bei dieser wie schon bei anderen Gelegenheiten deutlich gezeigt hat, daß unsere Gesprächspartner aus der Führung der Sowjetunion großen Wert darauf legen, als Realisten Politik zu machen. Sie kennen — und das bis ins Detail — das politische Kräftefeld in der Bundesrepublik; sie rechnen in Kenntnis dieser Lage mit möglichen Entwicklungen, und sie werden sich selbstverständlich auch auf künftige Veränderungen einstellen.

Die Politik der Sowjetunion ist durch Beharrungsvermögen gekennzeichnet. Es gibt, soweit wir das jedenfalls erkennen können, keine Tendenz zu jenen

Veränderungen, die gelegentlich als Spekulationen auftauchen; damit meine ich Spekulationen über eine sich anbahnende Umorientierung. Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu den wichtigsten Faktoren im Bereich der sowjetischen Außenpolitik. Dies zeigt sich bei der Erörterung aller konkreten Fragen, besonders auch der ungelösten Probleme, und in den Bereichen, in denen Moskau besonders deutlich an einer Zusammenarbeit interessiert ist: im Bereich von Wirtschaft, von Technik und Wissenschaft.

Es gab bei diesen sehr konkreten Fragen keinerlei Versuche bei unseren sowjetischen Gesprächspartnern, zwischen einem Regierungslager und den die Regierung tragenden Parteien und der CDU/CSU zu unterscheiden. Es wurde immer wieder die Bundesrepublik als Ganzes angesprochen. Einer der Gesprächspartner — ich darf dieses Zitat verwenden — sagte einmal: „Wir wollen nicht mit 50 Prozent der politischen Kräfte der Bundesrepublik sprechen, sondern mit den politischen Kräften der Bundesrepublik.“

Ich habe mich in der Sowjetunion als Verantwortlicher in der Deutschen Politik geäußert, mein Ziel war nicht, deutsche Innenpolitik von Moskau aus zu betreiben. Vorwürfe in der sowjetischen Presse gegen Freunde innerhalb der Union und der Schwesterpartei habe ich entsprechend scharf zurückgewiesen. Ich habe aber auch in anderem

Zusammenhang Mitglieder der Bundesregierung selbstverständlich vor falschen Behauptungen geschützt. Insbesondere bei dem ungelösten Berlin-Thema in den drei anstehenden Abkommen habe ich den deutschen Standpunkt erläutert und vertreten.

## Prüfung zugesagt

Zum Thema KSZE haben wir sehr deutlich gemacht, daß wir die vorliegende Schlußakte ernst nehmen. Wir verlangen von uns selbst ihre genaue Einhaltung, und wir beachten sorgfältig, ob auch alle anderen Signaturstaaten die Schlußakte nach Buchstaben und Geist erfüllen, und zwar in allen ihren Bestandteilen.

In diesem Zusammenhang habe ich auch das Thema der Familienzusammenführung angesprochen, ebenso die Anliegen von Personen deutscher Abstammung ohne Verwandte in Deutschland. Ich habe eine größere Zahl konkreter Fälle genannt, Unterlagen übergeben. Mit wurde eine Prüfung zugesagt.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit: Dies war ein zentrales Gesprächsthema mit allen sowjetischen Partnern. Der Erfahrungsaustausch hat gezeigt, daß das Interesse in der UdSSR an einer Vertiefung der wirtschaftlichen Kooperation sehr groß ist. Der kommende 5-Jahres-Plan der SU, der 1976 beginnt, macht deutlich, daß eine langfristige Orientierung für die deutsche Wirtschaft notwendig ist und die Aktivität der deutschen Wirtschaft im Warenverkehr und in der damit verbundenen Kooperation bestätigt wird.

Zusammenfassend läßt sich festhalten: Es hat niemand bei diesen Gesprächen den Versuch unternommen, sich gegenseitig etwas zu schenken. Aber alle

Gesprächspartner von sowjetischer Seite, besonders Ministerpräsident Kosygin, sein Stellvertreter für wirtschaftliche Fragen, Nowikow, die Repräsentanten des ZK, aber auch viele andere suchten gemäß meiner Absicht den sehr offenen und freimütigen Dialog, um gemeinsame Interessen herauszuarbeiten, um gegenteilige, ja gegensätzliche Standpunkte, die selbstverständlich bestehen und auch bestehen bleiben, in ihrer Begründung besser zu verstehen. Diese Richtung ist nicht neu. Sie wissen, daß Konrad Adenauer genau diesen Weg eingeschlagen hat; dies bleibt auch weiter bestehen.

Ein zentrales Thema, das von mir immer wieder zur Diskussion gestellt und diskutiert worden ist, betrifft die besondere Frage der Deutschen und der deutschen Teilung. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß das deutsche Volk sich in seinem Selbstverständnis und vor der eigenen Geschichte mit einer Teilung nicht abfindet; daß derjenige, der dies im Gespräch mit sowjetischen Partnern nicht offen anspricht, einen zentralen Punkt der Entwicklung, die vor uns liegt, ausklammert.

## Bekennnis zum Frieden

Frieden und Verzicht auf Gewalt als politisches Mittel bleibt Grundlage einer realistischen Politik. Normale stabile Beziehungen auf dem Boden des Gleichgewichts sind hierzu nötig. Das Bekenntnis zum Frieden und zur Zusammenarbeit auf dem Boden einer realistischen Bewertung der Kräfte aber auch vor dem Hintergrund der geschichtlichen Perspektive für die Deutschen, die von mir immer wieder dargelegt worden ist, wurde von keinem der Gesprächspartner und Gastgeber in Zweifel gezogen.

## ■ FINANZEN

# Kaum beachtet: die Folgekosten der öffentlichen Investitionen

**Der Ursache mannigfacher Fehlplanungen auf dem finanziellen Sektor, von denen der Bund ebenso betroffen ist wie die Länder und Gemeinden, ist jetzt der rheinland-pfälzische Finanzminister, Johann Wilhelm Gaddum, nachgegangen. Als Handreichung für Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker hat sein Ministerium eine Untersuchung veröffentlicht, die mit wissenschaftlicher Akribie die Folgekosten öffentlicher Investitionen aufzeigt.**

Die Folgekosten öffentlicher Investitionen stellen angesichts der Vielzahl der zu unterhaltenden Projekte erhebliche fortlaufende Belastungen dar. Sie führen zu einer kontinuierlichen Ausweitung der sogenannten konsumtiven Ausgaben und engen schon von daher den möglichen Spielraum zukünftiger investiver Aktivitäten ein. Die schnelle Ausweitung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt bei rückläufiger Investitionsquote sind eine Konsequenz. Trotz dieser offensichtlichen Entwicklung wird den Folgekosten bisher nicht die erforderliche Aufmerksamkeit geschenkt.

Daß eine Autobahn, ein Kindergarten oder eine Universität auch nach dem Bau viel Geld kosten, ist allgemein bekannt. Wieviel dies im einzelnen ist und welche Summen in den nachfolgenden Haushaltsplänen „vorgehalten“ werden müssen, um diese Bauten auch funk-

tionsfähig zu halten, diese Fragen gelten allgemein als ein Buch mit sieben Siegeln.

„Die Haushaltsrechnungen nämlich lassen im allgemeinen eine Ermittlung der laufenden Kosten bestimmter Projekte nicht zu, weil die Personalausgaben und die sächlichen Verwaltungsausgaben nur als Gesamtsumme für einzelne Aufgabenbereiche nachgewiesen werden und bestimmten Anlagen und Einrichtungen nur ausnahmsweise zugeordnet werden können“, heißt es in der Mainzer Untersuchung.

Und weiter: „Außerdem setzt die Erfassung voraus, daß eine eindeutige Grenze zwischen Erneuerung und Unterhaltung gezogen wird. So werden Instandsetzungskosten, die grundsätzlich zu den Unterhaltungskosten gehören, häufig mit kleineren Um- und Ausbaukosten ausgewiesen, die wiederum zu den Herstellungskosten zu zählen sind.“

Eine Schwierigkeit für einzelwirtschaftliche Untersuchungen ergibt sich ferner dadurch, daß das neuere Haushaltsrecht, auch im kommunalen Bereich, eine objektbezogene Kreditaufnahme nicht mehr kennt.“

So sind denn auch die konkreten Zahlen, die in der Untersuchung genannt werden, vor allem von Kommunalpolitikern mit Erleichterung aufgenommen worden. Sie wissen jetzt, was sie an Wissen bisher bei den verantwortlichen Bundes- und Landespolitikern oft

fälschlicherweise erwarteten: Daß nämlich Verkehrsanlagen jährliche Folgekosten in Höhe von 9,4 Prozent, Schulen Folgekosten in Höhe von 31 Prozent und Freibäder solche in Höhe von 15,5 Prozent nach sich ziehen.

## Kostspielige Fernstraßen

Konkret: Ein Kilometer sechsspurige Autobahn, der derzeit (nach den Werten von 1974) rund elf Millionen Mark kostet, ist mit jährlichen Folgekosten von 9,7 Prozent, also rund einer Million Mark vorbelastet. Die gleiche Strecke Bundesstraße kostet 2,3 Millionen Mark und 9,4 Prozent Folgekosten.

Demgegenüber muß für einen Kilometer Landesstraße oder Kreisstraße „nur“ eine Million Mark an Neubaukosten aufgewendet werden. Die nachfolgenden Kosten liegen aber auch hier bei 9,8 Prozent beziehungsweise 9,6 Prozent.

Eine durchschnittliche mechanisch-biologische Kläranlage in der Größe von 10 000 Einwohnergleichwerten kostet neu rund zwei Millionen Mark und immerhin 19,5 Prozent Folgekosten, also etwa 400 000 Mark im Jahr. Sie hat also in fünf Jahren an laufenden Kosten bereits ihre Baukosten erreicht.

Nicht anders sieht es bei den Universitäten und Schulen aus. Während der Neubau einer wissenschaftlichen Hochschule für 10 000 Studenten im Jahr 1974 rund 600 Millionen Mark kostete, muß für ihre Unterhaltung jährlich je nach Fakultät zwischen 18,3 und 23,3 Prozent an Folgekosten einkalkuliert werden.

Hier sei weiter angemerkt, daß alleine die Schaffung eines einzigen Studienplatzes demnach 60 000 Mark kostet. Pro Klassenraum kostet der Bau einer Grundschule 350 000 Mark, der eines

Gymnasiums fast 500 000 Mark. Hier fallen nachfolgende Kosten in Höhe von 31 Prozent an, darunter alleine 14 Prozent für die Bezahlung der Lehrer.

31 Prozent Folgekosten treten auch bei den Kindergärten auf, welche pro Kind bei vier Gruppen 7 200 Mark kosten. Ein einziger Quadratmeter Nutzfläche in einer Turnhalle kostet 1 740 Mark bei 16,5 Prozent Folgekosten. Beim Bau eines Hallenbades muß pro Quadratmeter Wasserfläche mit Kosten in Höhe von 14 500 Mark und 20,5 Prozent Folgekosten gerechnet werden.

Freibäder liegen da mit einem Preis pro Quadratmeter von 1 500 Mark entschieden günstiger, haben aber Folgekosten von immerhin 15,5 Prozent. Vergleichsweise billig mutet da ein Sportplatz an, der pro Quadratmeter 50 Mark kostet und an Folgekosten 13,5 Prozent dieser Summe verschlingt.

## Teure Krankenhäuser

Mit zum teuersten Objekt ist inzwischen das Krankenhaus geworden. Es kostete 1974 im Durchschnitt 140 000 Mark pro Bett und 26 Prozent laufender Unterhaltungskosten pro Jahr, immer auf den Neubaupreis bezogen. In weniger als vier Jahren also haben die laufenden Unterhaltskosten den Neubaupreis überschritten. Und dies bei von den Patienten zu tragenden Kosten, die als Tagessätze schon als bald unbezahlbar gelten.

Die Ernüchterung, die diese Zahlen aus Mainz bei vielen Politikern hervorrufen werden, sollte von diesen genutzt werden, um über die Belastbarkeit der öffentlichen Haushalte erster nachzudenken. Das gegenwärtige Bonner Haushaltsfiasko zeigt überdeutlich, wo eine Finanzpolitik ohne Maß und Ziel hinführt.

## ■ KOALITION

### Im Linksblock gefangen

Der Rücktritt Martin Bangemanns von dem Posten des FDP-Generalsekretärs hat hohe Wellen geschlagen, nicht zuletzt in der Partei selbst. Genscher als Parteivorsitzender mußte fürchten, daß die im Hinblick auf die baden-württembergische Landtagswahl von Bangemann gemachte Koalitionsaussage auf die gesamte FDP „ansteckend“ wirken und einen bundesweiten innerparteilichen Streit über die Koalitionsfrage entfachen könnte. Mag Genscher auch die Absicht gehabt haben, wie die „Süddeutsche Zeitung“ meint, den Zeitpunkt einer Koalitionsaussage selber bestimmen zu wollen, und mag er darum seinen Generalsekretär fallengelassen haben, so spricht doch mehr für die von CDU-Sprecher Weiskirch formulierte Beurteilung, daß sich die FDP ihrer politischen Handlungsfreiheit immer mehr begeben und auf dem besten Wege sei, die liberale Position völlig zu räumen. Genschers Taktik führt allein durch den Lauf der Zeit zur immer stärkeren Zementierung der „Gefangenschaft der Freien Demokraten im Linksblock mit der SPD“, wie es Alfred Dregger bezeichnete.

### Friderichs soll zum „Sündenbock“ werden

Der DGB-Vorsitzer Vetter und andere führende SPD-Gewerkschaftler setzen ihre Kampagnen gegen den FDP-Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs fort, ungeachtet der Tatsache, daß nicht er, sondern der SPD-Bundeskanzler Helmut Schmidt die Richtlinien auch der Wirtschaftspolitik bestimmt. So be-

nutzte Vetter die Gelegenheit einer Funktionärskonferenz der IG Holz und Kunststoff, um erneut heftige Angriffe gegen den Bundeswirtschaftsminister zu richten. Auch der IG Metall-Chef Loderer beteiligte sich an der Kritik. Offensichtlich wollen Vetter und Loderer Friderichs in die Rolle des „Sündenbocks“ für die Fehler der sozial-liberalen Regierung bringen, um den Unmut der gewerkschaftlichen Basis auf ihn abzulenken.

### Fürchtet Schmidt neue Enthüllungen?

Bundeskanzler Schmidt fürchtet neue Enthüllungen des Ex-Verfassungsschutz-Präsidenten Nollau. Er beauftragte deshalb — wie der angesehenen Informationsdienst Curt L. Schmitt berichtet — Bundesminister Maihofer, in einem Brief Nollau nachdrücklich mit einem Disziplinarverfahren zu drohen für den Fall einer Verletzung der Dienstverschwiegenheit. Nollau wurde darauf hingewiesen, daß auch pensionierte Präsidenten von obersten Bundesbehörden als Beamte nach dem Ausscheiden aus dem Dienst den Vorschriften des Beamtengesetzes unterliegen.

Schmidt und Genscher wollen mit der Vergatterung des früheren obersten Verfassungsschützers verhindern, daß Nollau ausgerechnet im Jahr der Bundestagswahlen mit der Veröffentlichung seiner Memoiren Unruhe stiftet. An Munition gegen führende Koalitionspolitiker fehlt es ihm nach Informationen aus dem Bundeskanzleramt nicht.

Die Bundesregierung will jedoch mit einem Trick die Briefaktion entschärfen: Sie beschloß, zur „Tarnung“ des wirklichen Adressaten gleichlautende Briefe an alle aktiven und pensionierten

Präsidenten von Bundesbehörden von den jeweils zuständigen Ressortministern schreiben zu lassen.

## „Kanalarbeiter“ aktiv

In der SPD droht ein neuer „Flügelkampf“. Die Gruppe der „Kanalarbeiter“ in der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion unter Egon Franke, Minister für innerdeutsche Beziehungen, hat zu erkennen gegeben, daß sie den Integrationskurs der Parteiführung gegenüber dem linken Flügel nicht mehr mitzutragen bereit ist. Bei den Wahlen für 24 Delegierte zum Mannheimer Parteitag wurden bis auf wenige Ausnahmen nur Abgeordnete des rechten Flügels berücksichtigt. In Kreisen der sogenannten „Mitte/Links“-Gruppierung der Fraktion interpretiert man das Abstimmungsverhalten des rechten Flügels als einen Angriff auf den Parteivorsitzenden Willy Brandt und die Politik der Mehrheit im Vorstand.

## SPD-Basis gegen Sicherheitspolitik

Dem SPD-Bundesparteitag 1975 vom 11. bis 15. November in Mannheim liegen eine Reihe von Anträgen vor, in denen die Aufhebung der bisher gültigen Kriterien für die Beschäftigung im öffentlichen Dienst (Ministerpräsidentenerlaß vom 28. Januar 1972) gefordert wird. So sollen künftig auch Angehörige radikaler Organisationen wie der DKP Zugang zum Staatsdienst haben. Darüber hinaus fordert der SPD-Bezirk Westliches Westfalen, daß Erkenntnisse von Sicherheitsbehörden (Verfassungsschutz) nicht zur Ablehnung eines Bewerbers führen dürfen.

Die im Verteidigungshaushalt enthaltenen Mittel zur Landesverteidigung sollen einigen Anträgen zufolge künftig

gesenkt werden und die eingesparten Gelder „anderen, wichtigeren Aufgaben“ zufließen. Der SPD-Bezirk Südbayern wünscht die „Beschaffung weniger aufwendiger Waffensysteme“ und „handelsüblichen Materials“. In mehreren Anträgen wird die ersatzlose Streichung des Prüfungsverfahrens für Wehrdienstverweigerer verlangt.

## Wer hat das Parlament belogen?

Die Strafverfolgungsbehörden müssen nach Ansicht des CDU-Bundestagsabgeordneten und ehemaligen Vorsitzenden des Guillaume-Untersuchungsausschusses, Walter Wallmann, von Amts wegen ermitteln, ob und gegebenenfalls von welchen Zeugen während des parlamentarischen Untersuchungsverfahrens eine uneidliche Falschaussage gemacht worden ist. Es bestehe der Verdacht, daß sich der SPD-Vorsitzende Brandt oder der FDP-Vorsitzende Genscher oder beide einer uneidlichen Falschaussage schuldig gemacht hätten.

## „Soviel Macht wie möglich...“

Worum es der SPD eigentlich geht bei der Diskussion um die „vorausschauende Industriepolitik“, wie sie jetzt verschämt ihre Forderung nach Investitionslenkung nennt, zeigt eine Fehlleistung in der jüngsten Ausgabe ihres Informationsdienstes „intern“. Um „Verzerrungen und falschen Darstellungen in der Kampfpresse“ entgegenzutreten, heißt es dort: *„Das Godesberger Programm einschließlich seiner marktwirtschaftlichen Orientierung wird auf dem Mannheimer Parteitag nicht verändert, sondern ausdrücklich bestätigt werden. Es gilt der Grundsatz: ‚Soviel Macht wie möglich, soviel Planung wie nötig.‘“*

Also doch: Macht statt Markt!

## ■ PARTEITAG BADEN-WÜRTTEMBERG

# CDU — die liberale und soziale Volkspartei der Mitte

**Mit großer Mehrheit ist der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, Ministerpräsident Hans Filbinger, am vergangenen Wochenende auf dem Landesparteitag der südwestdeutschen Union in Ulm wieder zum Landesvorsitzenden der CDU Baden-Württemberg gewählt worden. Filbinger erhielt 235 von 263 Stimmen. 1973, beim letzten Wahlparteitag, war er mit 212 von 291 Delegiertenstimmen gewählt worden.**

**D**er Parteitag, der auf den Tag genau sechs Monate vor der baden-württembergischen Landtagswahl stattfand, stand unter dem Leitsatz: „CDU — die liberale und soziale Volkspartei der Mitte.“ Dazu sagte Filbinger, die Union sei als große Volkspartei der Mitte offen für alle Gruppen in der Bevölkerung. Sie bekenne sich zu den liberalen Traditionen Baden-Württembergs und fühle sich den sozialen Fragen der Gegenwart und der Zukunft verpflichtet.

In Anwesenheit des Bundesvorsitzenden Helmut Kohl ging Filbinger auch auf die Bundestagswahlen des nächsten Jahres ein. „Wir Baden-Württemberger werden helfen, die dringend nötige politische Wende in Deutschland herbeizuführen. Wir Baden-Württemberger werden kämpfen, damit Helmut Kohl Kanzler der Bundesrepublik Deutschland wird. Denn die Zeit ist reif für einen Wechsel in Bonn“, erklärte

Filbinger unter dem Beifall der Delegierten.

Zu den Aussichten der CDU für die Landtagswahl in Baden-Württemberg sagte er: „Für den kommenden Landtagswahlkampf hat die CDU eine gute Ausgangslage. Diese günstige Startposition gilt es zu nützen. Aber: wir müssen kämpfen. Es wäre töricht, die Hände in den Schoß zu legen. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um die bei der letzten Landtagswahl erstmals errungene absolute Mehrheit, um unseren Stimmenanteil von 52,9 Prozent zu halten.“

Auf die innere Situation der SPD eingehend sagte Filbinger, diese Partei habe das Recht verspielt, sich als Sachwalter der Arbeiter auszugeben. Mehr denn je sei die CDU heute die Partei für die Arbeitnehmer. Die CDU in Baden-Württemberg sei stolz darauf, daß sie von Wahl zu Wahl mehr Arbeitnehmer habe gewinnen können. In diesem Zusammenhang erinnerte Filbinger daran, daß die CDU bei den Kommunalwahlen dieses Jahres landesweit rund 6,5 Prozentpunkte hinzugewinnen konnte.

Zur FDP meinte Filbinger, diese Partei empfehle sich den Wählern gerne mit der Parole, sie könne in der Koalition mit der SPD Schlimmeres verhindern. Tatsächlich aber müsse festgestellt werden: „Die FDP hat nichts Schlimmes verhütet — sie hat vielmehr all das Schlimme, was seit 1969 angerichtet

wurde, erst ermöglicht. Sie hat es mitgetragen. Sie muß deshalb auch die volle Verantwortung für die Konsequenzen übernehmen.“

## Bangemanns Täuschung

Angesichts der Pläne der baden-württembergischen FDP, eine Koalitionsausgabe erst nach den Landtagswahlen zu machen, stellte Filbinger fest: „Herr Bangemann, der als Generalsekretär der FDP gehen mußte, aber weiterhin Landesvorsitzender dieser Partei in Baden-Württemberg ist, versucht den Bürgern einzureden, die FDP sei eine offene Partei, die selbst eine Koalition mit der CDU nicht ausschließt.“

In geschlossenen Veranstaltungen, vor seinen eigenen Parteifreunden, spricht Bangemann freilich ganz anders. Da sagt er beispielsweise: ein Zusammengehen mit der CDU könne „sachlich durch nichts begründet werden“. Oder: „Wir allein, die FDP, sind in der Lage, die CDU kaputtzumachen.“ Oder: „Mit einer Aussage zugunsten der SPD können wir der CDU keinen müden Wähler abnehmen.“ Damit ist klar, was er eigentlich will. Er will in den Revieren der CDU Stimmen fangen, um sie, wenn es ausreicht, in eine Koalition mit der SPD einzubringen. Bangemanns Buhlen um die CDU-Stimmen in Baden-Württemberg entlarve sich als allzu durchsichtiges Wahlmanöver.

Der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl versicherte die CDU Baden-Württemberg der vollen Unterstützung der gesamten Union im bevorstehenden Landtagswahlkampf. „Wer liberal wählt in Baden-Württemberg, der muß CDU wählen“, rief Helmut Kohl unter dem Beifall der Delegierten aus.

Der Generalsekretär der baden-württembergischen CDU, Gundolf Fleischer,

hielt der SPD vor, sie könne den Anspruch, in ihrer inneren Parteistruktur eine Volkspartei zu sein, angesichts der tatsächlichen Machtverhältnisse innerhalb der SPD „guten Gewissens nicht mehr erheben“.

Der FDP warf Fleischer „Etikettenschwindel“ vor, wenn sie sich als einzige liberale Partei im Land bezeichne. Sicher gebe es in der FDP Liberale, „die für uns jederzeit koalitionsfähig wären“. Sie seien derzeit aber eindeutig in der Minderheit. Daß das auch vom größten Teil der liberal geprägten Wähler im Lande so empfunden werde, habe deren deutliche Entscheidung für die CDU bei den letzten Kommunalwahlen gezeigt.

## Keinen „perfekten Staat“

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Lothar Spaeth, forderte in seiner Parteitagssrede, daß dem „zu schwerfällig gewordenen Staat eine Schlankeitskur verordnet“ werden müsse. Der Bürger wolle nicht den „perfekten Staat“, er wolle auch nicht, daß durch staatliche Regelungen alles vorgegeben und vorbestimmt werde.

Neben dem Landesvorsitzenden Hans Filbinger bestätigte der Ulmer CDU-Parteitag auch den stellvertretenden Landesvorsitzenden, den baden-württembergischen Bundesratsminister Eduard Adorno und den baden-württembergischen CDU-Generalsekretär Gundolf Fleischer mit eindeutigen Mehrheiten in ihren Ämtern. Bei den Beisitzerwahlen erhielten der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Lothar Spaeth, der CDU-Verteidigungsexperte Manfred Wörner und Stuttgarts Oberbürgermeister Manfred Rommel die meisten Stimmen.

## ■ GEBÜHREN

# Post greift zu unsozialen Mitteln

**Noch sind die drei letzten Gebührenerhöhungen der Deutschen Bundespost, die die Postkunden mit jährlich zusätzlich 7,2 Milliarden DM belasteten, weder vergessen noch verkräftet, da erfolgt quasi durch die Hintertür auf kaltem Wege eine weitere Gebührenerhöhung. Nur so kann man die Begrenzung der Gesprächszeit für Ortsgespräche bezeichnen.**

**N**och vor ein paar Wochen hatte der Bundespostminister erklärt, an weitere Gebührenerhöhungen werde nicht gedacht.

Der Versuch, diese Gebührenerhöhungen mit einer Erweiterung der Ortsnetze bis 1984 zu begründen, ändert nichts an der Tatsache, daß es sich hier um eine weitere Preiserhöhung handelt. Hinzu kommt noch, daß der Ortsgebührenbereich nicht, wie vorgesehen, auf einen Radius von 25 bis 30 km, sondern nur auf 20 km erweitert wird. Benachteiligt werden durch diese Lösung insbesondere die Zonenrandgebiete.

Geradezu grotesk mutet die Ankündigung einer lautlosen Gebührenerhöhung in einer Zeit an, in der 16 Millionen DM für die Telefonwerbung ausgegeben und beträchtliche Gewinne angekündigt werden. Der Verband der deutschen Postingenieure sprach sich beispielsweise auf seiner jüngsten Tagung in Hamburg für eine Senkung der Telefongebühren aus, um dadurch die Nachfrage nach Telefonleistungen wieder zu beleben.

Nicht zuletzt werden durch die Gesprächsverteuerungen ab 1. Januar 1977 insbesondere die älteren Menschen getroffen, denen man gerade durch das sogenannte Sozialtelefon mehr Kontakte mit den Mitbürgern verschaffen will. Darüber hinaus ist die Telefonseelsorge zu nennen, die in zunehmenden Maße in Anspruch genommen wird und in deren Rahmen die Probleme wohl kaum innerhalb von vier Minuten besprochen werden können.

Somit wird die beabsichtigte Gebührenerhöhung gerade in diesem Bereich ganz eindeutig auf einen Abbau der soviel gepriesenen Lebensqualität hinauslaufen. Diese Gebührenerhöhung ist ein erneuter Beweis dafür, wie unglaublich die Bundesregierung ist und wie die Post mit ihren Kunden umzuspringen pflegt.

Unterdessen mehrt sich die heftige Kritik an der Post. So hat der Verband der Postbenutzer die Pläne des Postministeriums scharf verurteilt. Verbandschef Wilhelm Hübner: „Das ist wirtschaftlich unsinnig und psychologisch verheerend. Ohnehin beantragen immer weniger Postkunden einen neuen Anschluß.“

Auch die Deutsche Angestelltengewerkschaft hat sich gegen diese Quasi-Gebührenerhöhung ausgesprochen. Sie stellte fest, daß dieser Plan „die Fortsetzung einer Politik des ständigen Abbaus von Leistungen durch die Bundespost bei steigenden Preisen“ sei.

## ■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

# Mitgliederwerbung

„In den letzten 2 Jahren sind weit über 130 000 neue Mitglieder zu uns gekommen. Wir dürfen erwarten — und das ist nicht irgendeine Prognose —, daß die CDU/CSU mit der Jungen Union und der Schüler-Union rund eine Million Mitglieder zur Bundestagswahl haben werden“, sagte Helmut Kohl in seiner Mannheimer Parteitagrede. Seine Betrachtung ist realistisch. Der heutige Stand: Fast 600 000 CDU-Mitglieder. Zusammen mit der CSU und der Jungen Union kann die Zahl mit gut 850 000 beziffert werden. Trotz dieser erfreulichen Bilanz war die Entwicklung nicht einheitlich. Überdurchschnittliche Erfolge konnten nur dort erzielt werden, wo aktiv und zielbewußt Mitgliederwerbung betrieben worden ist. Das Ziel eine Million Unionsmitglieder verlangt daher den vollen Einsatz der Verbände und aller Mitglieder.

### Zielsetzung

Wenn wir uns steigern wollen, müssen wir uns einen höheren Prozentsatz als Ziel setzen, z. B. 5% der CDU-Wähler. Wo dieses Ziel schon erreicht ist, sollten wir jedoch nicht untätig bleiben, sondern einen Ausgleich schaffen für schwächere Gebiete, in denen es schwieriger ist, neue Mitglieder zu werben.

### Auswirkung auf die Wahlen

Das beste Kapital einer Partei in einem Wahlkampf sind die Mitglieder. Diese

Erkenntnis ist eine der Grundlagen unserer Aktion „CDU in Aktion — 600 000 Mitglieder kämpfen für die Alternative '76“, die wir im letzten UID (40/75) ausführlich vorgestellt haben und die jetzt zur Durchführung gelangt. **Denn eine verstärkte, erfolgreiche Mitgliederwerbung erhöht auch unsere Wahlchancen!**

## Mitglieder werben Mitglieder

CDU-Mitglieder haben viele Möglichkeiten, neue Mitglieder zu werben. Hier einige Beispiele:

1. Werbematerial über CDU-Mitgliedschaft an gezielte Adressen schicken.
2. Gespräche mit Verwandten, Bekannten und Arbeitskollegen über die Notwendigkeit der CDU-Mitgliedschaft führen.
3. Initiative ergreifen, daß im Ortsverband eine Mitgliederwerbemaßnahme durchgeführt werden soll.
4. Die CDU-Orts- oder -Kreisverbände über Personen, die für eine CDU-Mitgliedschaft in Frage kommen, benachrichtigen.

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat neue Materialien herausgegeben, die Sie zur Unterstützung Ihrer Mitgliederwerbemaßnahmen einsetzen sollten. Das Angebot hierzu finden Sie auf der nächsten Seite.

## Neu im Angebot

Wählen  
allein genügt nicht.  
Ergreifen Sie  
Partei



FÜR DIE CDU  
IN DER CDU

Alternative 76  
CDU

### Wandzeitung

Mindestabnahme: 25 Expl.

Preis: 6,— DM je 25 Expl.

Best.-Nr. 7389

### Mitgliederwerbeprospekt

„Wählen allein genügt nicht. Ergreifen Sie Partei“

Mindestabnahme: 500 Exemplare

Preis: 17,50 DM je 500 Expl.

Best.-Nr. 2326

### Plakat

„Wählen allein genügt nicht“

Format: A 1, 4farbig

Mindestabnahme: 50 Expl.

Preis: —,30 DM je Expl.

Best.-Nr. 7393

An das IS-Versandzentrum  
4830 Gütersloh 1  
Postfach 6666

## Bestell-Coupon

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung und Rechnungsstellung an meine Anschrift:

Best.-Nr.	Bezeichnung	Stückzahl	Rechnungs- summe
7389	Wandzeitung „Wählen allein . . .“		
2326	Mitgliederwerbeprospekt		
7393	Plakat „Wählen allein . . .“		

Absender: Name .....

Anschrift .....

Unterschrift ..... Datum .....

Bestellungen an das IS-Versandzentrum, 483 Gütersloh 1, Postf. 6666, Telex 9 33 753 iserv d.  
Alle Preise verstehen sich inkl. Verpackungskosten zuzüglich Porto- bzw. Frachtkosten und  
Mehrwertsteuer.

## ZITAT

### Kürzen nicht gefragt

SPD und FDP verwickeln sich in Widersprüche. Fast täglich wird die Opposition gemahnt, nun endlich ihre Kürzungsvorschläge zu präsentieren. Noch Mitte September hatten Schmidt und Apel wissen lassen, man sei für jeden Sparvorschlag, woher er auch komme, „offen“. Mittlerweile klingt das anders. Da kanzelt Kanzler Schmidt öffentlich den SparerSchützer Poullain ab, weil dieser den Mut besaß, auch die Sparförderung zur Disposition zu stellen. Eine Streichliste des Verbandes der Steuerbeamten wurde erst gar nicht zur Kenntnis genommen, ein ähnliches Papier des Steuerzahlerbundes als Ärgernis empfunden.

Der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Kirst ließ sich im Bundestag sogar zu einer böartigen Scheite des Steuerzahlerbundes verleiten. Er sprach von einer „Glistrup-Politik“. Kirst scheut sich also nicht, den Steuerzahlerbund mit jenem berühmten-berüchtigten dänischen Parteiführer zu vergleichen, der es verstanden hatte, die von den Sozialisten überforderten Steuerzahler in einem Akt der politischen Verzweiflung gegen die etablierten Parteien zu mobilisieren. Der Steuerzahlerbund, so Kirst, tue nichts, um das Staatsbewußtsein zu fördern; er mache nur die Institutionen des Staates „madig“. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ehren-

### Anschrift:

berg rückt CDU und Steuerzahlerbund in die Nähe der ApO (Außerparlamentarische Opposition). Das politische Wohl der Koalition wird hier wohl zu sehr mit dem Wohle des Staates identifiziert.

Apel wiederum läßt keine Gelegenheit ungenutzt, den Bürgern weiszumachen, daß weitergehendes Sparen zur Demontage der inneren und äußeren Sicherheit führen müsse, eine Behauptung, die auch durch Wiederholen nicht richtiger wird. Der CDU/CSU wird von SPD-Geschäftsführer Börner anhand der Fleißarbeit eines Fraktionsassistenten vorgeworfen, Pläne für den Abbau des sozialen Netzes vorzubereiten. Die Genossen in den Gewerkschaftszentralen greifen dies gierig auf und sorgen für publizistische Verbreitung, um die eigene Partei zu entlasten. Die Opposition weiß also, mit was für einer Kampagne sie zu rechnen hätte, wenn sie mit konkreten Kürzungsplänen anträte. Aus all dem läßt sich nur ein Schluß ziehen: die Koalition redet zwar von Sparen, aber ernsthaft tun will sie es nicht. Die Rechnung für diese Politik wird dem Steuerzahler zugestellt, allerdings erst nach dem Wahltag.

Frankfurter Allgemeine Zeitung  
3. Oktober 1975

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heir Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Banverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 1937 95. **Abonnementspreis** vierteljährlich 9,— DM. **Einzelpreis** 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

# UId